

# Das Virus mythiert



**Verschwörungstheorien und Vertrauen.** Je unsicherer die Zeiten, desto eher suchen die Menschen Halt in Theorien, die die vertrackte Lage möglichst einfach erklären. Kein Wunder also, dass in der Corona-Pandemie Verschwörungsmymen besonders viel Anklang finden. Dies ist vor allem bei Menschen der Fall, die ohnehin wenig Vertrauen in den Staat und ihre Mitmenschen haben. Wie man als Gesellschaft und im privaten Umfeld mit Anhängern von Verschwörungstheorien umgehen sollte und wie der Staat verlorenes Vertrauen zurückgewinnen kann, erklärt der IW-Verhaltensökonom Dominik Enste im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

## Wirtschaftspolitik

Wenn Deutschland nach der Corona-Krise weiter im Konzert der Großen mitspielen will, muss ein Jahrzehnt der Modernisierung beginnen.

—> [Seiten 8-9](#)

## Schienenverkehr

Die Bahn gewinnt vor allem im Güterverkehr Marktanteile hinzu. Für weitere Fortschritte braucht es einen einheitlichen Verkehrsraum Schiene in Europa.

—> [Seiten 14-15](#)

# Im Strudel der Verschwörungsmythen

**Vertrauen.** Mikrochips, die durch Impfungen implantiert werden, Corona als geheime Biowaffe der Pharmaindustrie – Verschwörungsmythen wie diese klingen abstrus. Doch gerade in Krisenphasen teilen viele Menschen die Welt gerne in Schwarz und Weiß ein. Der Grund: Verschwörungserzählungen geben Halt in unsicheren Zeiten.

Die Liste der alternativen Erklärungen rund um Corona ist lang. Denn seit Beginn der Pandemie erleben Verschwörungsmythen eine regelrechte Hochkonjunktur. So gibt es in Deutschland nicht wenige Menschen, die diesen Mythen grundsätzlich nicht abgeneigt sind und die glauben, dass Politik und Medien den wahren Grund hinter den Corona-Maßnahmen verschweigen (Grafik):

**Rund 30 Prozent der Bevölkerung in Deutschland grenzen sich nicht deutlich von der Aussage ab, dass das Coronavirus ein Unterdrückungsinstrument staatlicher Institutionen sei.**

Dieses Phänomen trifft aber nicht nur auf die Menschen in Deutschland zu, sondern ist auf der ganzen Welt zu beobachten:

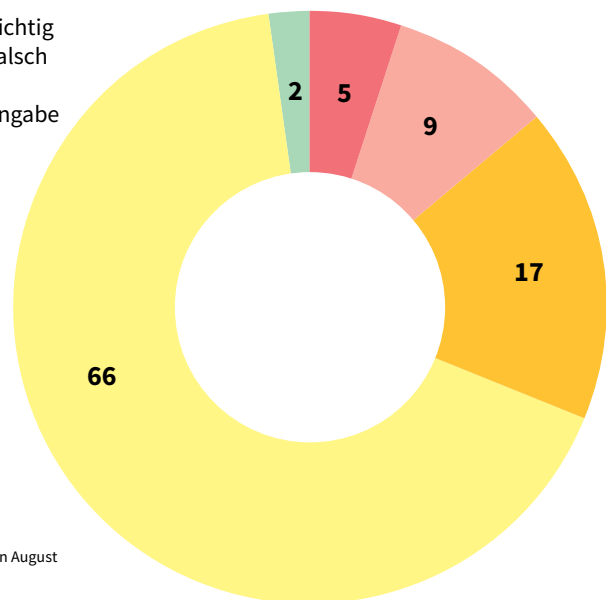
**In den USA meinen insgesamt 36 Prozent der Bevölkerung, dass die Corona-Pandemie sicher oder sehr wahrscheinlich von mächtigen Menschen in einem internationalen Komplott geplant wurde.**

Doch warum glauben Menschen Erzählungen wie diesen? Aus soziologischer und psychologischer Perspektive helfen Verschwörungstheo-

## Coronavirus als Unterdrückungsinstrument?

So viel Prozent der Deutschen halten die Aussage, dass das Coronavirus nur ein Vorwand zur Unterdrückung sei, für ...

- ... sehr richtig
- ... wahrscheinlich richtig
- ... wahrscheinlich falsch
- ... sicher falsch
- Weiß nicht/keine Angabe



Befragung von 1.521 Personen von August bis September 2020

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

rien, mit Unsicherheit und Kontrollverlust umzugehen. Haben Menschen nicht mehr das Gefühl, selbst über ihr Leben und ihre Umwelt bestimmen zu können, suchen sie vermehrt nach alternativen Begründungen. Und in einer Pandemie mit

Beschränkungen, die tief ins Private hineinreichen oder sogar die wirtschaftliche Existenz bedrohen, ist der gefühlte Kontrollverlust je nach Betroffenheit besonders groß.

Kein Wunder also, dass auch Protestgruppen in Krisenzeiten mehr

Zulauf bekommen. So gibt es in Deutschland seit dem Frühjahr 2020 die sogenannte Querdenker-Bewegung. Zu deren Anhängern gehören auch jene Mitbürger, die die Existenz des Virus sogar leugnen. Die Bewegung eint vor allem ein starkes Misstrauen in politische Institutionen und etablierte Medien.

Grundsätzlich sind Menschen mit einem geringen generellen Vertrauen in ihre Mitmenschen eher geneigt, alternativen Fakten Glauben zu schenken. Mit Blick auf die Gesamtbevölkerung in Deutschland zeigt sich beim Thema Vertrauen ein gespaltenes Bild (Grafik):

**Rund die Hälfte der Bundesbürger vertraut grundsätzlich ihren Mitmenschen, knapp ein Drittel hegt allerdings ein generelles Misstrauen.**

Politischen Institutionen und Parteien misstrauen Letztere oft am meisten – in der aktuellen Krise zeigen neueste Umfragen der Universität Erfurt aus dem Frühjahr 2021 kein positives Bild:

**Nur noch 25 Prozent der Bundesbürger vertrauen dem Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung, 60 Prozent haben kein Vertrauen in den Umgang der Politik mit der Pandemie.**

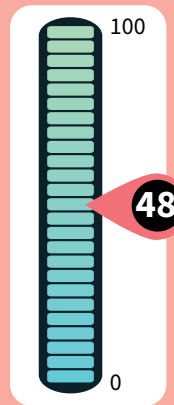
Aus verhaltensökonomischer Perspektive kann zumindest erklärt werden, was das Misstrauen auslöst. So sind zum Beispiel soziale Medien ein Nährboden für Verschwörungstheorien, in denen es eigene Standards und Wege gibt, Expertenmeinungen und Fakten zu interpretieren. Wird auf Falschmeldungen geklickt, spuckt der Algorithmus immer mehr vergleichbare Inhalte aus, sodass sich kommunikative Filterblasen bilden. Der Nutzer konsumiert also nur noch Meinungen, die seine eigene Haltung bestätigen.

So hilfreich der Glaube an einfache Erklärungen kurzfristig für

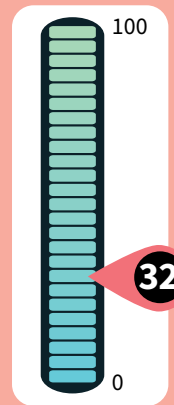
## Vertrauen in die Mitmenschen

So viel Prozent der deutschen Bevölkerung ...

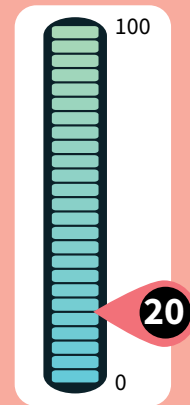
... glauben, dass man den meisten Menschen vertrauen kann



... geben an, dass man nicht vorsichtig genug sein kann im Umgang mit anderen Menschen



... hegen weder ein großes Vertrauen noch Misstrauen in andere Menschen



Befragung von 2.358 Bundesbürgern ab 15 Jahren von August 2018 bis März 2019

Quellen: European Social Survey, Institut der deutschen Wirtschaft © 2021 IW Medien / iwd

iwd

den Einzelnen sein mag, so schädlich ist er langfristig für das Zusammenleben in einer Gesellschaft. Allerdings eröffnen diese Erkenntnisse auch Spielraum für Maßnahmen, mit denen sich gegensteuern lässt: Darunter fällt zum Beispiel eine inklusive Kommunikation auf politischer Ebene, die auch jene Menschen in die Diskussion miteinbezieht, die sich am Rande der Gesellschaft befinden. Dabei ist es aber wichtig zu beachten, dass der Wissensstand in der Bevölkerung sehr unterschiedlich ist und die Maßnahmen zumindest milieuspezifisch sein müssen. In Köln ist man mit besonderen Impfangeboten und teils sprachlich angepasster Kommunikation je nach Viertel und Bevölkerungsgruppe diesen Weg gegangen, um mehr gefährdete Menschen zu erreichen und die Impfbereitschaft zu erhöhen.

Im persönlichen Umfeld kann aber auch jeder Bürger etwas tun: zum Beispiel nicht wegschauen,

wenn Freunde, Familienmitglieder oder Nachbarn alternativen Fakten glauben. So schwer solche Gespräche auch sind, sie können verhindern, dass sich Menschen zunehmend radikalisieren.

Transparenz und Aufklärung über die politischen Maßnahmen sind ebenso wichtig – bestenfalls kombiniert mit einer nachvollziehbaren langfristigen Strategie. Sinnvoll wären zum Beispiel politische Initiativen, die Menschen die Chance geben, sich aktiv in den politischen Prozess einzubringen. Am Ende kommt es vor allem darauf an, dem Einzelnen das Gefühl der Kontrolle zurückzugeben.

### IW-Policy Paper 11/2021

Dominik Enste, Johanna Kary: Verschwörungsmysen besser verstehen – Hintergründe und Gegenmaßnahmen

[iwkoeln.de/verschwuerungsmysen](http://iwkoeln.de/verschwuerungsmysen)

**Interview.** Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass sich Verschwörungsmythen extrem verbreitet haben. Über die Ursachen dieser Entwicklung und was der Staat sowie jeder Einzelne dagegen tun kann, sprach der iwd mit **Dominik Enste**, Leiter des Kompetenzfelds Verhaltensökonomik und Wirtschaftsethik am Institut der deutschen Wirtschaft.

# „In der Pandemie-Bekämpfung ist weniger mehr“



Foto: IW Medien

**Wie kommt es, dass so viele neue Verschwörungsmythen während der Pandemie entstanden sind? Liegt es nur daran, dass die Leute mehr Zeit haben, im Internet auf Abwege zu geraten?**

Die Zeit ist nicht der entscheidende Faktor, vielmehr die Krisenerfahrung und die Tatsache, dass wir eine globale Verunsicherung spüren. Außerdem suchen Menschen, die generell Angst haben, die Kontrolle über ihr Leben zu verlieren, eine möglichst einfache Erklärung für die aktuelle Situation – und eine Bestätigung dieser Erklärung finden sie dann auch noch im Internet.

**Was kann der Staat gegen diesen gefühlten Kontrollverlust seiner Bürger tun?**

Das Wichtigste wäre, eine glaubwürdige, transparente und vor allem langfristige Strategie zu verfolgen. Das war zu Beginn der Pandemie sicherlich schwierig, weil auch die Politik vor einer völlig neuen Situation stand und zu schnellem Handeln gezwungen war. Aber im Laufe des Jahres hätte man den Menschen das Gefühl der Kontrolle zurückgeben können, indem man klarer aufgezeigt hätte, welches die langfristigen Ziele

sind. Und dann müssen die Dinge, die der Staat organisiert, eben auch gut funktionieren, damit nicht der Eindruck eines Staatsversagens entsteht, sei es im Bereich der Bildung oder bei der Bestellung und Verteilung von Impfstoffen.

Gelingt das, dann haben die Menschen auch wieder das Gefühl, dass der Staat schon weiß, was er tut und warum. So war es ja mehr oder weniger im März 2020, nur hat das Vertrauen im Laufe der Zeit gelitten, weil die Politik ihre Maßnahmen schlechter erklärt hat.

**Das heißt, es hätte einen längerfristigen Plan gebraucht, welche Maßnahmen in welcher Phase der Pandemie ergriffen würden?**

Zumindest wäre ein verständlicher, transparenter Plan sinnvoll, der sich auch nicht nur auf einzelne Inzidenzwerte fokussiert. Vor allem sollte die Politik Maßnahmen beschließen, die sie dann auch kontrollieren und Verstöße bestrafen kann. In Köln zum Beispiel gilt am Rheinufer – da schaue ich vom IW aus drauf – eine Maskenpflicht von 10 bis 22 Uhr. Würde ich dort eine Maske tragen, wäre ich fast der Einzige. Das zeigt, dass eine solche Regelung

keinen Sinn ergibt – der Staat untergräbt selbst seine Macht, wenn er 14-seitige Verordnungen mit nicht mehr nachvollziehbaren Regelungen herausgibt. Wer liest die denn, bevor er nach draußen geht und zum Beispiel ein Geschäft betritt?

**Was also wäre für die nächste Zeit der bessere Weg?**

Weniger ist mehr. Wenn die Bundesnotbremse Ende Juni ausläuft, würde ich mir einen Strategiewechsel hin zu wenigen, klaren Regeln wünschen. Und vor allem muss der Staat darauf vertrauen, dass die Bürger nach der bisherigen Pandemie-Erfahrung selbst wissen, was zu tun ist, um eine vierte Welle zu vermeiden: Maske tragen, Abstand halten, sich testen lassen – zum Beispiel, wenn man aus dem Urlaub zurückkehrt – und Kontakte beschränken.

Gerade bei Letzterem sollte der Staat auf zu detaillierte Vorgaben verzichten und nicht ständig nur auf Sieben-Tage-Inzidenzen schauen. Allgemeine Vorgaben und eine längerfristige Perspektive sind geboten und man sollte bei der Inzidenzentwicklung auf einen längeren Zeitraum schauen. Das würde für mehr Verläss-

lichkeit sorgen, sodass zum Beispiel auch Gastronomen, die heute ihr Lokal wieder öffnen dürfen, nicht schon in ein paar Tagen vielleicht wieder schließen müssen.

Die Politik kann Vertrauen nur wieder zurückgewinnen, wenn sie selbst den Bürgern vertraut. Laotse hat schon vor 2.500 Jahren gesagt, dass nur dem vertraut wird, der auch anderen vertraut. Leider hat die Politik in Deutschland eher den Misstrauensweg gewählt, was dazu beigetragen hat, Verschwörungstheorien den Weg zu bereiten. Denn wenn die Bürger die staatlichen Maßnahmen rational nicht nachvollziehen können, suchen sie eben nach alternativen Erklärungen und dann entstehen leicht Verschwörungsmythen.

**Die Menschen misstrauen ja nicht nur dem Staat, sondern teils auch der Wissenschaft. In den USA ist die Impfkampagne gegen Corona ins Stocken geraten, weil Bürger an den Impfstoffen zweifeln. Wie kann die Bundesregierung dafür sorgen, dass so etwas in Deutschland nicht passiert?**

Erst mal muss man auch als Wissenschaftler zugeben, dass man nicht alles weiß. Ohnehin gibt es „DIE“ Wissenschaft nicht – Virologen sagen das eine, Epidemiologen das andere, Psychologen halten die sozialen Folgen der Pandemie für gravierender als die gesundheitlichen Schäden, und die Intensivmediziner fürchten die Überlastung des Gesundheitssystems, auch wenn dies dann gar nicht eintritt. Zur Ehrlichkeit in der Wissenschaft gehört deshalb, die Begrenztheit des Wissens zuzugeben und zugleich verständlich aufzuklären.

Bei den Impfungen muss von Anfang an auf mögliche Nebenwirkungen hingewiesen werden und diese sind dann zielgruppenspezifisch mit dem jeweiligen Nutzen

abzuwägen. Die University of Cambridge hat zum Beispiel für den Impfstoff von AstraZeneca eine schöne Übersicht nach Risiko- und Altersgruppen erstellt. Demnach ist für die über 30-Jährigen das Risiko schwerer Nebenwirkungen durch die Impfung um ein Vielfaches geringer als das Risiko, schwer an Covid-19 zu erkranken.

**Das klingt doch nach einer klaren Richtschnur.**

Ja, aber man muss den Menschen auf Basis solcher Daten eben auch ein konsistentes Bild vermitteln. Das vielleicht größte Problem ist derzeit, dass die Ständige Impfkommission einige Impfstoffe zuerst nur für unter 60-Jährige, dann wieder nur für über 60-Jährige empfohlen hat, wobei sich unter 60-Jährige aber nach individueller Abwägung trotzdem mit diesen Stoffen impfen lassen dürfen. Das hat die fatale Folge, dass diese Menschen bei einem Impfschaden kein Geld vom Staat bekämen.

Eine solche Verantwortungsdelegation halte ich für nicht akzeptabel, weil sich die Menschen ja nicht nur impfen lassen, um sich selbst zu schützen, sondern auch der Gesellschaft zuliebe – Stichwort Herdenimmunität. Und wenn das das Ziel ist, muss die Gesellschaft eben auch dann für Impfschäden aufkommen, wenn sich ein unter 60-Jähriger mit AstraZeneca oder Johnson & Johnson impfen lässt. Das würde auch die Glaubwürdigkeit der Impfstrategie erhöhen.

**Was kann der Einzelne denn nun tun, ohne gleich die Beziehung zu zerstören, wenn Angehörige, Verwandte, Partner oder Kinder an Verschwörungsmythen glauben?**

Auch in meinem Bekanntenkreis gibt es Menschen, die solchen Verschwörungsmythen durchaus etwas abgewinnen konnten. Das Wichtigste ist erst mal, diesen Menschen zuzuhören und zu verste-

hen, welches Bedürfnis, welche Sorge hinter dem Glauben an den Mythos steckt. Ganz wichtig ist es – auch wenn es einem selbst schwerfällt –, die Standpunkte des anderen nicht einfach als Humbug abzutun. Auch rationale Gegenargumente, so naheliegend sie sein mögen, helfen da erst einmal nicht.

Vielmehr ist wichtig, sich Zeit für die betreffende Person zu nehmen, empathisch zu sein und zu schauen, ob es nicht einen anderen Weg gibt, ihr das Gefühl der Kontrolle und Sicherheit zurückzugeben. Das gilt zumindest dann, wenn die Person noch auf der Suche nach Erklärungen ist und noch nicht endgültig zum „Sektenmitglied“ der Querdenker-Bewegung geworden ist.

**Schauen wir noch ein wenig weiter in die Zukunft. Sie zitieren eine Studie, wonach nur noch 25 Prozent der Bundesbürger dem Corona-Management der Bundesregierung vertrauen. Könnte dieser Vertrauensverlust dauerhaft den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gefährden?**

Zum Glück vergessen die Menschen in der Regel schnell – und das gilt hoffentlich auch für den zum Teil dilettantischen Umgang des Staates mit der Pandemie, sei es in Sachen digitale Kontaktnachverfolgung oder bezüglich der Impfstoffbereitstellung und -verteilung. Wenn jetzt alles gut läuft, haben wir das alle in zwei, drei Jahren vielleicht vergessen.

Es kann aber auch zu einem Teufelskreis und einer dauerhaft gespaltenen Gesellschaft kommen – so wie in den USA. Denn verlorenes Vertrauen ist immer nur sehr schwer zurückzugewinnen. Und im schlimmsten Fall reagiert der Staat auf die nächste große Herausforderung, den Klimawandel, auch eher mit Klimanotstandsgesetzen, statt mit den Bürgern auf Augenhöhe nach Problemlösungen zu suchen.



# Geld ist nicht gleich Geld

**Digitales Geld.** Einige Zentralbanken arbeiten momentan daran, digitales Geld zu entwickeln. Bislang existiert das für Privatkunden und Unternehmen nur privatwirtschaftlich organisiert, unter anderem in Form von Bitcoin. Digitales Zentralbankgeld soll das Bargeld ergänzen und die Souveränität der Bezahlinfrastruktur sichern, beispielsweise die des Euroraums.

Um zu erfassen, was digitales Geld ist, muss man ziemlich analog beginnen: Am Anfang war das Bargeld – also Scheine und Münzen. Bargeld ist Zentralbankgeld, das heißt, es wird von einer Zentralbank ausgegeben und ist letzten Endes eine Forderung gegen sie. Digitales Zentralbankgeld kann – anders als Bargeld – nicht von Unternehmen und Haushalten genutzt werden:

**Digitales Zentralbankgeld können sich bislang nur Kreditinstitute von der Zentralbank leihen und untereinander für Transaktionen nutzen.**

Dieses digitale Zentralbankgeld stellt wie das Bargeld eine Forderung gegen die Zentralbank dar, kann den Bankensektor allerdings nicht verlassen. Denn Unternehmen und Personen können – anders als Banken – kein Konto bei einer Zentralbank führen, haben somit also keine Möglichkeit, an digitales Geld der Zentralbank zu kommen.

Das hat Nachteile, die offensichtlich werden, wenn man sich die wichtigste Eigenschaft des Bargelds anschaut: Mit Bargeld kann jeder direkt zahlen, weil das Geld unmittelbar vom Käufer zum Verkäufer wandert, es sind also keine weiteren Dienstleister notwendig.

Allerdings ist Bargeld aus drei Gründen nicht immer von Vorteil:

**1.** Wenn es in großen Mengen transportiert werden muss, ist es unpraktisch und unhandlich.

**2.** Bargeld kann leicht gestohlen werden.

**3.** Mit Bargeld kann man nicht im Internet einkaufen.

Auf diese Probleme hat der Gesetzgeber bereits teilweise reagiert: Die E-Geld-Richtlinie der Europäischen Union aus dem Jahr 2000 regelt das magnetische Speichern von Geld auf Plastikkarten. Außerdem können Zahlungen elektronisch über Kredit- oder Debitkarten getätigt werden, aber eben nicht in Zentralbankgeld – auch wenn der Nutzer vielleicht genau davon ausgeht:

**Anders als beim Bargeld oder digitalen Zentralbankgeld stellt unser elektronisches Geld keine Forderung gegen eine Zentralbank dar, sondern eine Forderung gegen eine Geschäftsbank.**

Das heißt: Wer im Supermarkt an einem Point-of-Sale-Terminal mit einer Debitkarte zahlt, der startet ein Verfahren mit Einzugsermächtigung und Lastschrift.

Natürlich „besitzen“ Unternehmen und Haushalte deshalb auch

durchaus elektronisches Geld – als Einlage bei ihrer Geschäftsbank. Nichtsdestotrotz sind laut Bundesbankgesetz eigentlich Euro-Banknoten das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel in Deutschland. Somit ist das Geld auf dem Konto genau genommen kein gesetzliches Zahlungsmittel, obwohl es im Geschäftsverkehr allgemein akzeptiert wird und man es sich am Bankschalter oder Geldautomaten auszahlen lassen kann.

Diese Hintergründe erklären, wie weitreichend die neuen Pläne sind:

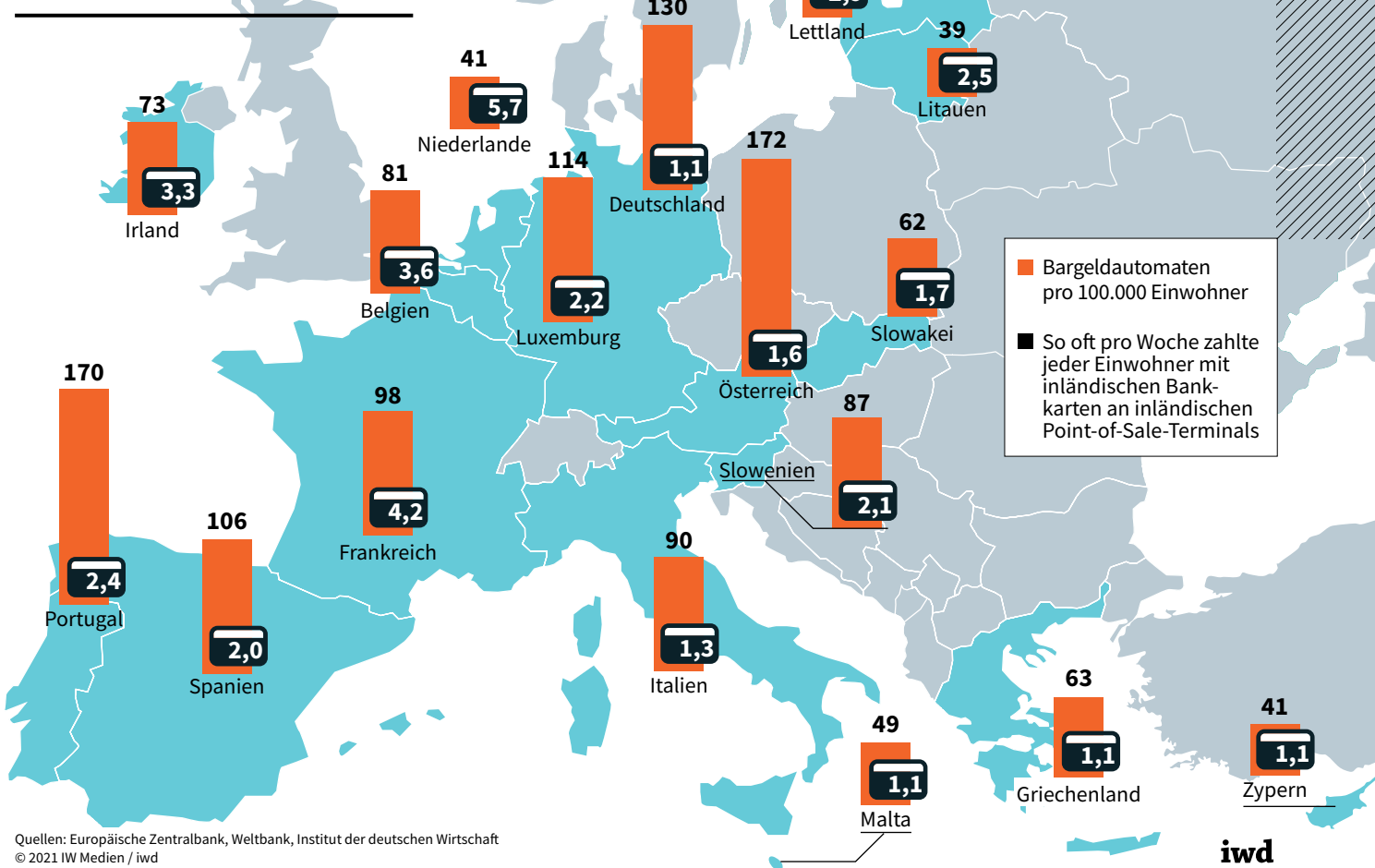
**Ein digitaler Euro wäre das erste digitale gesetzliche Zahlungsmittel für den Euroraum.**

Das gibt es bislang nicht. Wer heute direkt digital bezahlen möchte – also ohne einen Finanzdienstleister als Mittelsmann –, der muss Kryptowährungen nutzen. Dieses private Geld ist allerdings nicht versichert und muss nicht von jedem akzeptiert werden. So hat unlängst der Autobauer Tesla verkündet, dass man seine Fahrzeuge nicht länger mit Bitcoins bezahlen kann.

Zentralbanken und Strafverfolgungsbehörden ist das private Geld ohnehin ein Dorn im Auge, da Kriminelle es leicht fernab jeder Kontrolle nutzen können.

## Bezahlkultur: In Deutschland ist oft nur Bares Wahres

im Jahr 2019



Also spricht vieles dafür, ein von der Zentralbank organisiertes digitales Geld für Privatnutzer und Unternehmen einzuführen. Dieses hätte mehr Ähnlichkeit mit Bargeld als mit dem elektronischen Geld, das bislang im Einsatz ist, weil es die Geschäftsbanken als Dienstleister aus der Gleichung nimmt. Allerdings dürfte digitales Geld in Deutschland anfangs nur bedingt auf Gegenliebe stoßen, weil die Deutschen Bares schätzen (Grafik):

**Während jeder Niederländer pro Woche durchschnittlich fast sechs Bezahlvorgänge elektronisch tätigt, ist es in Deutschland nur etwa ein Bezahlvorgang pro Einwohner.**

Ungeklärt ist außerdem, wie der digitale Euro genau aussehen wird: Werden Unternehmen und Haushalte ein Konto beim Eurosystem erhalten? Oder werden sie ihre digitalen Euro in digitalen Wallets speichern? Und wird die Menge an digitalem Geld begrenzt? Dann gäbe es weiterhin ein Nebeneinander zwischen physischem und digitalem Bargeld sowie Bankeinlagen. Doch selbst dann würde sich ein digitaler Euro sehr wahrscheinlich auf das Netz an Geldautomaten auswirken:

**Auf jeweils 100.000 Einwohner kommen in Deutschland momentan etwa 130 Bankautomaten, in den Niederlanden nur 41. Wird der digitale Euro gut angenommen,**

**würden weniger Bargeldautomaten gebraucht.**

Die Europäische Zentralbank (EZB) befasst sich jedenfalls immer intensiver mit dem digitalen Euro. Zum einen, weil private digitale Währungen wie Bitcoin immer beliebter werden. Zum anderen, weil andere Zentralbanken digitale Währungen entwickeln. So will etwa China dafür sorgen, dass der digitale Renminbi schon zu den Olympischen Spielen 2022 einsatzfähig ist.

Entsprechend geht es der EZB auch darum, die Souveränität über die Bezahlinfrastruktur zu behalten und nicht abhängig von anderen Zentralbanken oder ausländischen Technologiekonzernen zu werden.

# Die Modernisierungs-Agenda

**Wirtschaftspolitik.** Nicht nur die Corona-Krise selbst war ein schwerer Einbruch für viele Unternehmen, sie hat auch den Anpassungsdruck durch Digitalisierung und Klimaschutz noch einmal verschärft. Während die Automobilindustrie die Weichen gestellt hat und massiv in neue Technologien investiert, fehlt es in den energieintensiven Branchen an den notwendigen Rahmenbedingungen. Um wirtschaftlich weiter erfolgreich zu sein, muss mit dem Ende der Corona-Krise ein Modernisierungsjahrzehnt in Deutschland beginnen.

Krisen legen bestehende Schwächen offen – werden diese dann behoben, erweist sich die Krise als wichtiger Motor wirtschaftlichen Fortschritts. Unternehmen bringen in konjunkturellen Dürrezeiten strukturelle Anpassungen auf den Weg, die die Basis für einen neuen Aufschwung sind.

Auch politische Reformen sind oft Reaktionen auf krisenhafte Entwicklungen. Ein Beispiel ist die Agenda 2010, die im Jahr 2003 aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit und der strukturellen Wachstumsschwäche gegen große Widerstände durchgesetzt wurde – und nachhaltige Erfolge zeitigte.

Die ökonomischen Verwerfungen durch die Corona-Pandemie haben ebenfalls das Potenzial, den ohnehin vorhandenen Modernisierungsdruck auf die deutsche Wirtschaft zu erhöhen und damit eine Trendwende einzuleiten.

Voraussetzung dafür sind allerdings ausreichende Investitionen – und hier schneiden die Akteure je nach Zeitraum recht unterschiedlich ab (Grafik):

**Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stiegen die Investitionen der Unternehmen seit 2010 um 1,1 Prozentpunkte auf 12,5 Prozent im Jahr 2020, die der privaten Haushalte erhöhten sich fast genauso stark – während die Quote des Staates zuletzt nahezu stagnierte.**

Insgesamt schultern private Akteure damit annähernd 90 Prozent des aktuellen Investitionsniveaus von 22,1 Prozent des BIP. Besonders relevant ist jedoch die Entwicklung im ersten Corona-Jahr: Hier verzeichnete der Staat ein Plus von 5,6 Prozent, die privaten Haushalte kamen nur auf 1,6 Prozent und die unternehmerischen

Investitionen gaben sogar um 4,8 Prozent nach. Das Modernisierungspotenzial des privaten Sektors ist also vorübergehend spürbar geschwächt. Allerdings unterscheidet sich die Lage je nach Branche deutlich:

- **Die Automobilindustrie** ist eine Schlüsselbranche der deutschen Volkswirtschaft, sie steht für fast 10 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung und gut 7 Prozent aller Beschäftigten. Auch der industrielle Kapitalstock lebt von der Automobilindustrie (Grafik Seite 9):

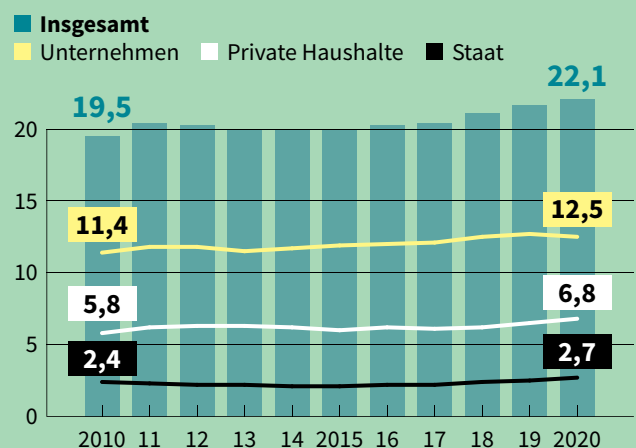
**Während das Bruttoanlagevermögen in der Automobilindustrie von 2010 bis 2018 kontinuierlich stieg, ist es in der übrigen Industrie unterm Strich gefallen.**

Zusammen mit ihrer Innovationsstärke – rund die Hälfte aller in Deutschland angemeldeten Patente kommt aus der Automobilindustrie – ist die Branche deshalb gut aufgestellt, um den anstehenden Modernisierungsprozess zu meistern und im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Die Herausforderungen sind riesig: Die Digitalisierung betrifft sowohl das Produkt Auto selbst als auch seine Herstellung, der Klimaschutz verlangt eine Umstellung auf alternative Antriebe, und mit China haben die deutschen Autobauer sowohl einen Absatzmarkt mit

## Investitionen in Deutschland: Mehr als die Hälfte stammt von Unternehmen

Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



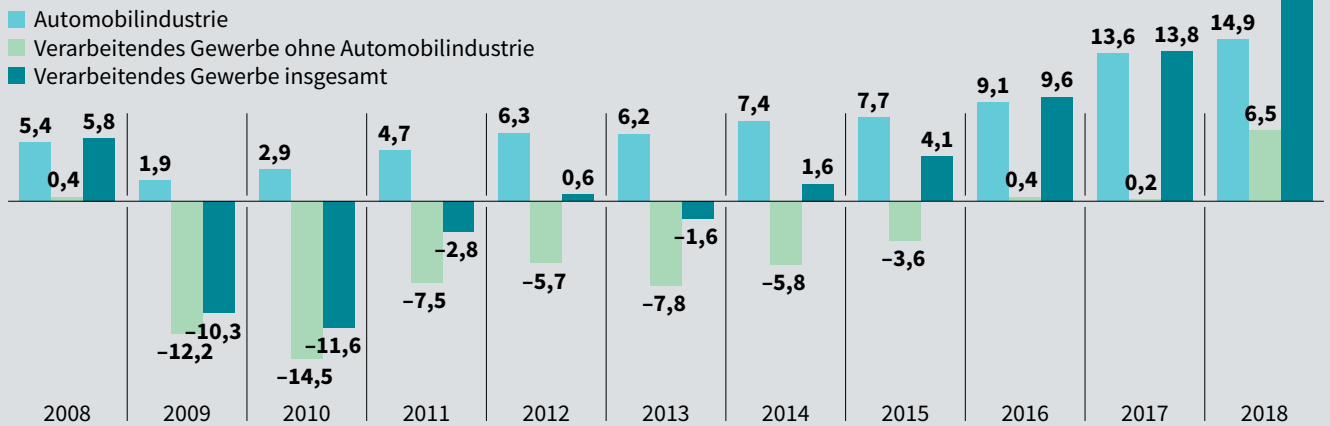
Private Haushalte: einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd



## Automobilindustrie: Investitionsmotor der deutschen Industrie

Veränderung des realen Bruttoanlagevermögens gegenüber Vorjahr in Milliarden Euro



Bruttoanlagevermögen: in Preisen von 2010

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

besonderen Risiken als auch unternehmerische Konkurrenten, die vom Staat gepöppelt werden.

• **Die energieintensiven Branchen** Papier, Glas und Keramik, Chemie sowie die Metallerzeugung und -verarbeitung stehen vor der fundamentalen Aufgabe, ihre Produktion so umzubauen, dass die Emission von Treibhausgasen reduziert und weitgehend vermieden wird. Erschwerend kommt hinzu, dass die Ansprüche an den Klimaschutz und die jeweiligen Preissignale zur Vermeidung von CO<sub>2</sub> international sehr unterschiedlich sind. Da der europäische Emissionshandel am teuersten ist, müssen die EU-Unternehmen Kosten tragen, die ihre Wettbewerber an anderen Standorten nicht haben.

Wächst die Kostenkluft, was wahrscheinlich ist, stehen die energieintensiven Unternehmen in Deutschland vor der Frage, ob sie im Inland neue, klimaschonende Produktionsanlagen bauen oder im außereuropäischen Ausland in weniger teure Kapazitäten investieren.

Problematisch ist zudem, dass der hohe Modernisierungsbedarf bisher nicht durch entsprechende Investitionen unterlegt werden konnte. Im Gegenteil:

**Das Bruttoanlagevermögen der energieintensiven Branchen ist von 2000 bis 2018 um 68 Milliarden Euro geschrumpft.**

Diese Trends stellen – zusammen mit dem Nachholbedarf bei der Digitalisierung – die bisherigen deutschen Wettbewerbsvorteile infrage und entwerten alte Wissensvorsprünge. Deutschland braucht ein Update. Der Staat kann diesen Prozess auf drei Wegen unterstützen:

**Private Investitionen stärken:** Staatliche Rahmenbedingungen wie wettbewerbsfähige Steuersätze und

Energiekosten, die Förderung von Innovationen oder die notwendige Modernisierung der gesamten Infrastruktur stärken die Fähigkeit und Bereitschaft von Unternehmen, am Standort Deutschland zu investieren.

**Öffentliche Investitionen forcieren:** Sowohl die Verkehrsinfrastruktur als auch jene für den Ausbau der erneuerbaren Energien müssen grundlegend modernisiert werden. Aber auch für die Wasserstoffwirtschaft ist eine neue Infrastruktur notwendig, bevor eine nennenswerte Nutzung dieser Technologie erfolgen kann. Bei der digitalen Infrastruktur – Glasfaser und Funknetze – sind schon heute Engpässe spürbar, die dringend beseitigt werden müssen.

**Staatswesen modernisieren:** Die Corona-Krise hat den großen Modernisierungsbedarf der öffentlichen Verwaltung in Deutschland schonungslos offengelegt – man denke zum Beispiel nur daran, dass viele Gesundheitsämter immer noch mit Faxgeräten arbeiten. Die Rückstände in der Digitalisierung, aber auch die Koordinationsschwächen an den Schnittstellen der föderalen Gebietskörperschaften haben schnelle Reaktionen in der Krise verhindert – die dynamischen und grundlegenden Veränderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte verlangen eine Modernisierung.

### IW-Report 17/2021

Hubertus Bardt, Michael Hüther, Hans-Peter Klös:

Modernisierung durch Investitionen

[iwkoeln.de/modernisierung](http://iwkoeln.de/modernisierung)

# Nur eine Frage des Geldes?

**Arbeitsmarkt.** In Deutschland gehen Arbeitnehmer häufiger als früher einer Nebentätigkeit nach. Aus welchen Gründen sich die Bundesbürger eine zweite Stelle suchen und wie der typische Nebenjobber aussieht, hat das Institut der deutschen Wirtschaft in einer neuen Studie untersucht.

Rund 4,2 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland haben mindestens zwei Jobs. Damit arbeiten im Vergleich zu 2013 gut 650.000 mehr Bundesbürger in mehreren Beschäftigungsverhältnissen gleichzeitig.

Menschen mit Zweitjob sind entweder mehrfach abhängig beschäftigt oder abhängig beschäftigt

mit einem zeitgleich selbstständigen Erwerb, das sind sogenannte Hybridbeschäftigte. In die zweite Kategorie fielen 2019 rund 691.500 Bundesbürger, 13 Prozent mehr als im Jahr 2013. Die Zahl der Mehrfachbeschäftigten in Deutschland stieg in diesem Zeitraum sogar noch stärker – um gut ein Viertel auf rund 3,5 Millionen.

Doch was macht den Zweitjob für so viele Bundesbürger attraktiv? Diese Frage hat das Institut der deutschen Wirtschaft in einer neuen Studie untersucht. Mithilfe der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) konnten darin für die Bundesbürger in Einfach-, Mehrfach- und Hybridbeschäftigungen typische persönliche Charakteristika bestimmt werden (Grafik):

**Der überwiegende Teil der Mehrfach- und Hybridbeschäftigten sind Frauen, älter als 40 Jahre und ohne Migrationshintergrund.**

Nahezu jeder zweite der Einfach- und Mehrfachbeschäftigten ist sogar älter als 50, hybrid Arbeitende sind im Schnitt knapp fünf Jahre jünger. Der Grund für die Altersunterschiede könnte darin liegen, dass ein Teil der abhängig Beschäftigten im jungen und mittleren Erwerbsalter die Aufnahme einer Nebentätigkeit als Sprung in die Selbstständigkeit wahrnimmt.

Während knapp jeder fünfte Einfach- und jeder sechste Hybridbeschäftigte einen direkten oder indirekten Migrationshintergrund hat, besitzt ein Viertel aller Mehrfachbeschäftigten ausländische Wurzeln. In dieser Gruppe findet sich gleichzeitig der größte Anteil an Personen, die eine Lehre oder vergleichbare Ausbildung abgeschlossen haben. Unter den Hybridbeschäftigten sind besonders viele Hochschulabsolventen

## Beschäftigung: Wer mehrere Jobs hat

Persönliche Eigenschaften der in dieser Form beschäftigten Bundesbürger in Prozent

	■ Einfachbeschäftigte	■ Mehrfachbeschäftigte	■ Hybridbeschäftigte
<b>Alter</b>			
Jünger als 40 Jahre	29,8	24,9	31,1
Zwischen 40 und 50 Jahren	25,5	26,5	36,7
Älter als 50 Jahre	44,7	48,5	32,2
<b>Geschlecht</b>			
Mann	52,8	36,1	45,2
Frau	47,2	63,9	54,8
<b>Migrationshintergrund</b>			
Ja	22,2	25,7	17,5
Nein	77,8	74,3	82,5
<b>Höchster Ausbildungsabschluss</b>			
Kein Abschluss	10,5	9,5	2,8
Lehre/Fachschule/Beamtenausbildung/Meister	63,9	75,5	56,3
Fachhochschule/Universität	25,6	15,0	40,9
<b>Haushaltssituation</b>			
Alleinstehend/Alleinerziehend	25,6	36,4	25,9
Paar ohne Kinder	33,9	25,7	31,3
Paar mit Kind(ern)	40,6	37,9	42,9

Stand: 2018; Mehrfachbeschäftigte: mehrfach abhängig Beschäftigte; Hybridbeschäftigte: abhängig Beschäftigte, die gleichzeitig einem selbstständigen Nebenerwerb nachgehen; Migrationshintergrund: eigene Geburt oder Geburt der Eltern im Ausland

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

ten – knapp 41 Prozent haben eine Fachhochschule oder Universität besucht.

**Arbeitszeiten.** Betrachtet man die Arbeitszeiten der verschiedenen Gruppen, zeigt sich: Je nach Beschäftigungsform arbeiten die Bundesbürger unterschiedlich lange in ihrem Hauptjob – und auch die Zufriedenheit mit ihrem Stundenpensum variiert (Grafik):

**Einfach- und Hybridbeschäftigte arbeiten im Haupterwerb länger als Mehrfachbeschäftigte, wünschen sich aber deutlich öfter weniger Wochenstunden.**

Während einfach angestellte Bundesbürger am häufigsten 35 und mehr Wochenstunden arbeiten und damit zum großen Teil als Vollzeitbeschäftigte gelten, jobben Mehrfachbeschäftigte in ihrem Haupterwerb fast doppelt so oft in Teilzeit. Der zeitliche Umfang ihrer weiteren Jobs hält sich aber in Grenzen, nur rund ein Fünftel von ihnen wendet dafür mehr als zehn Stunden pro Woche auf.

**Arbeitszeitwünsche.** Über alle Beschäftigungsgruppen hinweg zeigt sich, dass der größte Anteil der Bundesbürger in ihrem Haupterwerb gerne weniger arbeiten würde. Während dies unter den Einfach- und Hybridbeschäftigten bei jeweils knapp zwei Dritteln der Fall ist, möchten nur annähernd 46 Prozent der Mehrfachbeschäftigten ihre Wochenstunden im Haupterwerbsjob reduzieren.

Fast ein Drittel von ihnen würde das Arbeitspensum sogar gerne aufstocken – berücksichtigt man allerdings zusätzlich die Arbeitsstunden aus der Nebentätigkeit, sinkt der Anteil auf 12 Prozent. Die Nebentätigkeit erfüllt also für viele der Mehrfachbeschäftigten ihren Wunsch nach mehr Arbeit.

**Haushaltsstatus.** Einen Hinweis darauf, warum Mehrfachbeschäftigte im Vergleich deutlich öfter mehr

## Arbeitszeit: Oft Wunsch nach weniger

So viel Prozent der in dieser Form beschäftigten Bundesbürger arbeiteten 2018 wöchentlich im Schnitt so lange im Haupterwerb und wollten darin...

	Einfachbeschäftigte	Mehrfachbeschäftigte	Hybridbeschäftigte
Unter 25 Stunden	11,4	21,8	14,7
25 bis 34 Stunden	11,4	19,2	18,3
35 und mehr Stunden	77,2	59,0	67,1
... weniger arbeiten	62,0	45,8	66,2
... in diesem Umfang arbeiten	26,1	25,0	19,8
... mehr arbeiten	11,9	29,2	14,0

Mehrfachbeschäftigte: mehrfach abhängig Beschäftigte;  
Hybridbeschäftigte: abhängig Beschäftigte, die gleichzeitig einem selbstständigen Nebenerwerb nachgehen

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

arbeiten möchten, als sie es tatsächlich tun, gibt die Haushaltssituation:

**Während jeweils gut jeder Vierte der Hybrid- und Einfachbeschäftigten alleinstehend oder alleinerziehend ist, lebt von den Mehrfachbeschäftigten schon mehr als ein Drittel allein.**

Ein geringeres Einkommen kann somit seltener durch Lebenspartner, die ihre Einkünfte mit in den gemeinsamen Haushalt bringen, aufgestockt werden. Da Bundesbürger mit mehreren Anstellungen darüber hinaus häufiger in Teilzeit arbeiten und öfter geringer qualifiziert sind als Hybridbeschäftigte, liegt die Vermutung nahe, dass der Zweit- oder Drittjob vor allem aus finanziellen Gründen nötig ist. Möglicherweise sollen so die Einkommensrisiken, die mit der Teilzeit im Haupterwerb

verbundenen sind, zumindest teilweise ausgeglichen werden.

**Einkommen.** Die Ergebnisse aus dem SOEP zeigen aber auch, dass die Nebenbeschäftigungen diesen Zweck meist erfüllen: So sind Mehrfachbeschäftigte im Schnitt nicht häufiger einkommensarm als Einfachbeschäftigte und ähnlich zufrieden mit ihrem Haushaltseinkommen.

Würden aber durch politische Vorgaben beispielsweise Minijobs im Nebenerwerb unattraktiver, könnten die sozialen Risiken für jene Betroffenen zunehmen, deren Verdienstmöglichkeiten im Haupterwerb begrenzt sind.

### Aus IW-Trends 2/2021

Roschan Monsef, Holger Schäfer, Jörg Schmidt:  
Der Trend zur Zweitbeschäftigung – Nur eine Frage des Geldes?

[iwkoeln.de/zweitbeschaeftigung](http://iwkoeln.de/zweitbeschaeftigung)

# Warten auf den Lieferanten

**Konjunktur.** Die dritte Corona-Welle hat die deutschen Unternehmen in vielerlei Hinsicht getroffen. Fehlende Vorleistungslieferungen stehen zwar nicht ganz oben auf der Liste der Beeinträchtigungen. Doch vor allem die Industrie leidet erheblich unter solchen Engpässen, wie eine IW-Verbandsumfrage zeigt. Eine schnelle Entspannung der Lage ist nicht in Sicht.

Die jüngsten Corona-Nachrichten sind erfreulich: Deutschlandweit sinken die Inzidenzwerte, immer mehr Einschränkungen des Alltagslebens werden gelockert.

Abgehakt ist die Corona-Krise damit aber noch längst nicht. Dies gilt auch für die Wirtschaft, die bis heute auf verschiedenste Weise durch die Pandemie beeinträchtigt wird. Im Rahmen seiner Konjunkturumfrage hat das Institut der deutschen Wirtschaft von Ende März bis Mitte April 2021 die wichtigsten Risiken für die Geschäftsabläufe der Unternehmen in Deutschland erhoben. Besonders gravierend sind die Personalprobleme (Grafik):

**In 80 Prozent der befragten Unternehmen führt der Ausfall von Mitarbeitern – zum Beispiel aufgrund von Krankheit oder weil sie Angehörige betreuen müssen – zu Störungen der Geschäftsprozesse.**

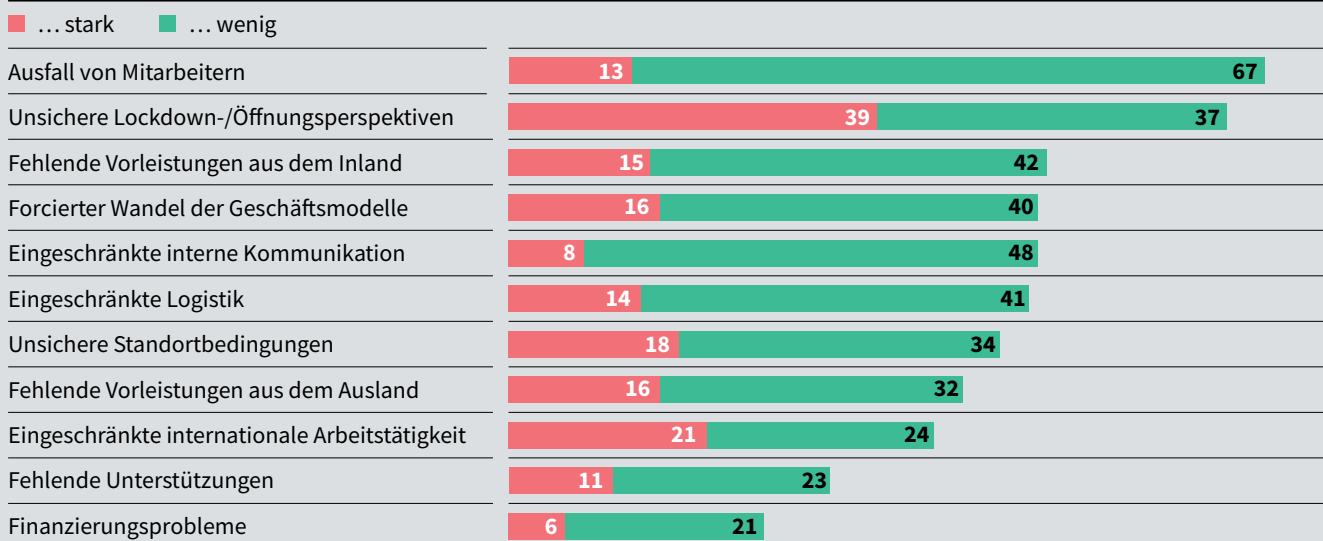
Vor allem die Betriebe in der Industrie und im Baugewerbe sind davon stark betroffen.

Ein ähnlich gewichtiger Störfaktor ist, dass die Unternehmen oft nicht wissen, wie es mit den Lockdown-Maßnahmen weitergeht und auf welche Öffnungsperspektiven sie sich einstellen können. Fast 40 Prozent aller Befragten fühlen sich hiervon stark beeinträchtigt. Dazu passt auch, dass viele Unternehmen über Risiken durch unsichere Standortbedingungen berichten. Dabei geht es unter anderem um zusätzliche Regulierungen der Arbeitsverhältnisse, wie eine Testpflicht am Arbeitsplatz oder das Recht auf Homeoffice.

Dass Vorleistungen aus dem In- oder Ausland fehlen, führt in ungefähr der Hälfte der Firmen dazu, dass die geschäftlichen Prozesse gestört werden. Starke Beein-

## Wo Corona die Unternehmen behindert

So viel Prozent der befragten Unternehmen gaben an, dass ihre Geschäftsabläufe im Frühjahr 2021 durch diese Faktoren ... gestört wurden



Rest zu 100: keine Störung  
Befragung von 2.814 Unternehmen im März/April 2021  
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

trüchtigungen melden nur etwa 15 Prozent. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Dienstleister deutlich weniger von Vorleistungslieferungen abhängig sind als das Baugewerbe und vor allem die Industrie:

**Von den Industrieunternehmen sagen 21 Prozent, dass fehlende Vorleistungen aus dem Ausland ihre Geschäftsprozesse derzeit stark beeinträchtigen, Engpässe bei inländischen Lieferanten werden von 18 Prozent als erhebliche Störung bewertet.**

Vor diesem Hintergrund hat das IW im Mai dieses Jahres 23 Branchenverbände, für deren Unternehmen Vorleistungen eine hohe Bedeutung haben, nochmals gezielt nach Engpässen befragt. Schaut man auf jene Verbände, deren Unternehmen überhaupt von Lieferproblemen berichteten, ergibt sich folgendes Bild (Grafik):

**Aktuell sehen 45 Prozent der Verbände starke Lieferengpässe bei Vorleistungen aus dem Ausland, 43 Prozent berichten von starken Engpässen bei Vorleistungen aus dem Inland.**

Zur letzteren Gruppe gehören beispielsweise die Automobil- und Kunststoffindustrie, die Textil- und Lederindustrie, aber auch das Baugewerbe sowie das Maler- und Lackiererhandwerk. Ein weiteres Drittel meldet mittelschwere Einschränkungen, darunter der Maschinen- und Anlagenbau.

Beim Blick auf die kommenden Monate fällt die Einschätzung der befragten Verbände zwar etwas besser aus, Entwarnung kann aber noch nicht gegeben werden:

**Für den Sommer erwarten rund sechs von zehn Verbänden, dass Vorleistungen aus dem Inland ziemlich oder sehr knapp sein werden. Bei Vorleistungen, die aus dem Ausland kommen, rechnen allein 25 Prozent der Befragten weiterhin mit starken Engpässen.**

Die Ursachen für die diagnostizierten Lieferprobleme sind vielfältig. So ist bei einigen Produkten – zum Beispiel bei Fahrrädern und bestimmten Gütern im Gesundheitsbereich – die Nachfrage im Zuge der Corona-Krise so stark gestiegen, dass die Vorleistungslieferanten kaum Schritt halten können.

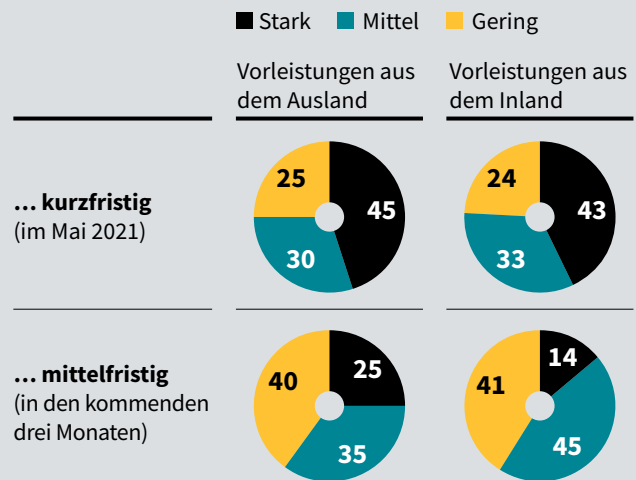
Generell haben sich der Welthandel und damit auch die Nachfrage nach deutschen Exportgütern nach dem Lockdown im Frühjahr 2020 überraschend schnell erholt, sodass teilweise immer noch ein Lieferstau besteht.

Hinzu kommt, dass der globale Warentransport nach wie vor unter der Corona-Pandemie leidet. Vor allem auf dem Seeweg von China nach Europa stockt der Warenverkehr, weil beispielsweise Container und zum Teil auch Schiffsbesatzungen fehlen.

Des Weiteren haben einige besondere Ereignisse zusätzlich Sand ins globale Liefergetriebe gestreut – etwa der Brand einer Halbleiterfabrik in Japan im März 2021

## Vorleistungen sind knapp

So viel Prozent der befragten Verbände sehen für ihre Branche ... dieses Ausmaß an Lieferengpässen bei Vorleistungen



Befragung von 23 Verbänden im Mai 2021; es wurden nur Verbände berücksichtigt, in deren Unternehmen Lieferprobleme diagnostiziert wurden

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2021 IW Medien / iwd



oder die zwischenzeitliche Blockade des Suezkanals durch einen festgefahrenen Frachter.

Schließlich sollen sich chinesische Elektronikhersteller mit Halbleiterchips eingedeckt haben, um für mögliche Handelsbeschränkungen gewappnet zu sein.

Die Unternehmen in Deutschland haben coronabedingte Lieferengpässe so gut wie möglich abgedeckt. Zum Teil konnten sie auf andere Zulieferer ausweichen. Und wenn es in der Schifffahrt hakt, lassen sich bestimmte Güter auch per Luftfracht beziehen. Doch überall dort, wo die Produktionskapazitäten nicht ausreichen, um eine höhere Nachfrage zu bedienen, ist eine kurzfristige Lösung des Problems nahezu ausgeschlossen.

Die Politik kann die Unternehmen immerhin unterstützen, indem sie dafür sorgt, dass die Grenzen für den Warenverkehr offen bleiben und die Funktionsfähigkeit des europäischen Binnenmarktes gewährleistet ist. Vor allem die zeitweiligen Engpässe bei medizinischen Gütern, die zur Bekämpfung der Pandemie benötigt werden, haben zudem gezeigt, dass die multilateralen Strukturen von Welthandels- und Weltgesundheitsorganisation weiterentwickelt werden müssen, um den freien Handel zu sichern.

### IW-Kurzbericht 31/2021

Hubertus Bardt, Michael Grömling: Knappheiten und Engpässe bei Vorleistungen – Ergebnisse einer IW-Verbandsbefragung [iwkoeln.de/vorleistungen](http://iwkoeln.de/vorleistungen)



# Die deutsche Schiene ist besser als ihr Ruf

**Schieneverkehr.** 2021 ist das europäische Jahr der Schiene. In dieser Zeit möchte die EU-Kommission auf die Wichtigkeit und das Potenzial des Schienenverkehrs aufmerksam machen und Bahnen als sicheres und umweltfreundliches Verkehrsmittel bewerben. Doch gibt es an der deutschen und der europäischen Schiene überhaupt etwas zu loben?

Über den deutschen Bahnverkehr sprechen die Bundesbürger oft spöttisch. Zu spät, unzuverlässig, veraltet – so der Tenor. Dass Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr Erfolge verzeichnen konnte und die europäische Schiene im internationalen Vergleich gut dasteht, übersehen kritische Stimmen oft.

Der Blick auf die Entwicklung des deutschen Schienenverkehrs zeigt: 27 Jahre nach der Bahnreform, die den Schienensektor für den Wettbewerb öffnete, hat die Schiene wie erhofft Marktanteile gewonnen. Obwohl der Wettbewerb erst zehn

Jahre nach der Reform Schwung aufnahm, wächst der Marktanteil der Schiene seither kontinuierlich. Vor allem der Schienengüterverkehr konnte seit Beginn der 2000er Jahre durch mehr unternehmerisches und weniger staatlich reguliertes Handeln seine Verkehrsleistung stark erhöhen. Im Jahr 2019 transportierte er rund ein Fünftel aller beförderten Güter.

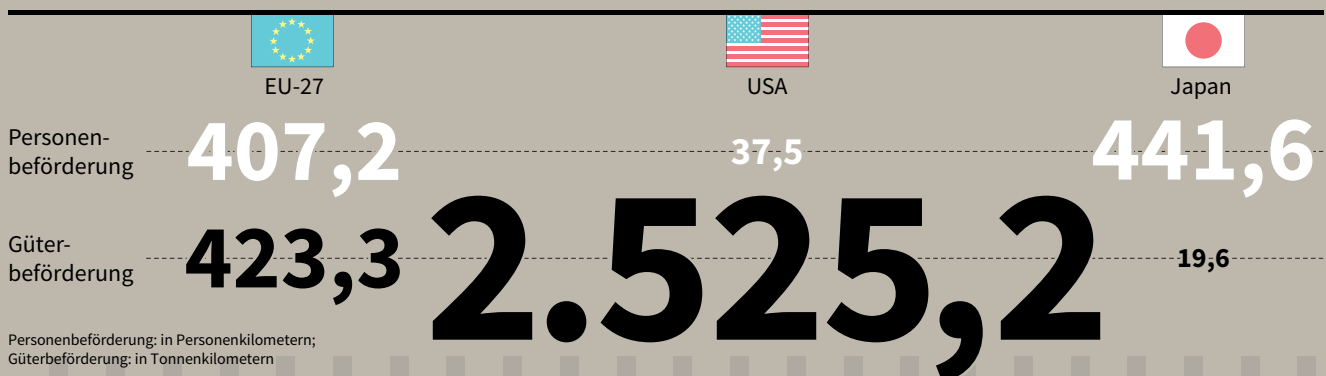
Den Personenverkehr dominiert trotz ebenfalls gestiegener Schienenverkehrsleistung noch immer die wettbewerbsintensivere Straße. Rund 80 Prozent der Bundesbürger bevorzugen private Fahrzeuge, um von A nach B zu kommen. Die Bahn liegt weit dahinter (Grafik Seite 15):

**Im Jahr 2019 deckte der Bahnverkehr nicht einmal 9 Prozent der Personenbeförderung ab.**

Auch wenn die Liberalisierung der Schiene nicht direkt zu Beginn für kräftige Zuwächse der Produktivität des Bahnsektors gesorgt hat, hat sich die Marktöffnung in den vergangenen Jahrzehnten als Erfolg herausgestellt. Auch andere Nationen, zum Beispiel Japan, zeigen, dass ein dem Wettbewerb geöffneter Schienenverkehrsmarkt durchaus erfolgreich sein kann und hilft, neue Kunden auf die Schiene zu holen. Solche Maßnahmen bleiben also auch für den noch ausbaufähigen deutschen Personenverkehr interessant.

## Schieneverkehr international

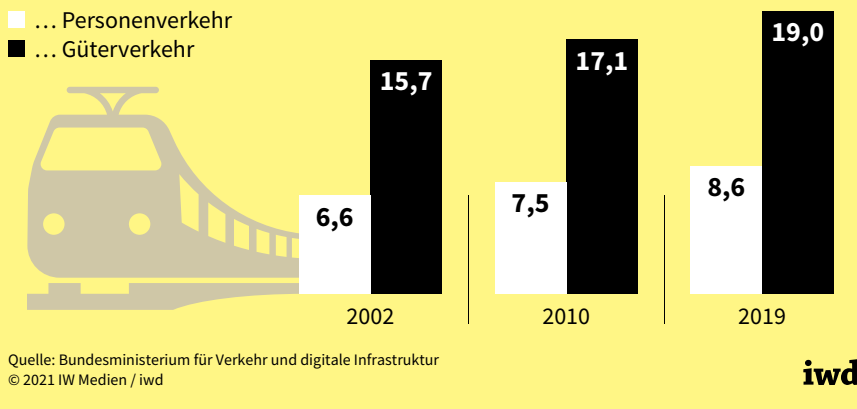
So viele Milliarden Leistungskilometer legten die nationalen Bahnen 2018 zurück



Quellen: EU-Kommission, Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

## Steigende Marktanteile der Schiene

So hoch war der prozentuale Marktanteil der deutschen Schiene am...



Schaut man einmal über die Landesgrenzen hinaus, fällt eine Qualität des europäischen Schienenverkehrs, zu dem auch Deutschland einen großen Teil beiträgt, besonders auf – die Kombination aus Güter- und Personenbeförderung. Andere Nationen glänzen mit ihren Beförderungsmengen oft entweder nur im Güter- oder nur im Personenverkehr.

Vergleicht man die europäische Schiene allein im Hinblick auf die erbrachten Tonnenkilometer mit anderen Nationen, wird der Unterschied besonders deutlich (Grafik Seite 14):

**Die Bahnen in den USA leisteten 2018 rund das Sechsfache von dem, was im europäischen Gütertransport auf der Schiene zurückgelegt wurde.**

Doch dieses Gefälle stellt sich bei genauerer Betrachtung als weniger dramatisch heraus. Pauschal Tonnenkilometer verschiedener Nationen miteinander zu vergleichen und aufgrund dessen auf die Gesamtleistung der Schiene zu schließen, ist zu

einseitig. Das gilt auch für den internationalen Vergleich von Personenkilometern. Geografische Gegebenheiten spielen eine wichtige Rolle für den Schienenverkehr und dessen Bedeutung im jeweiligen Land.

In Japan zum Beispiel legten die Bahnen 2018 weniger als 1 Prozent der in den USA erbrachten Tonnenkilometer zurück. Dafür schafften sie aber das Zwölfwache an Personenkilometern. Das liegt daran, dass Japan ein Inselstaat ist und die meisten Güter per Küstenschiff transportiert werden. Das Land braucht und hat demzufolge fast keinen Schienengüterverkehr. Man liegt keineswegs falsch, wenn man Japan für seinen zuverlässigen und pünktlichen Personenverkehr lobt, darf allerdings nicht vergessen, dass dort die Personenbahnen die Schiene kaum mit Güterzügen teilen müssen. Das hilft Verspätungen zu vermeiden und zudem die Abnutzung der Gleisanlagen durch schwere Güterzüge zu reduzieren.

Die USA sind mit ihrer sehr guten Performance im Güterverkehr und geringer Verkehrsleistung im Personenverkehr das Spiegelbild zu Japan. Die Größe des amerikanischen Kontinents macht es selbst Fernzügen schwer, Personen über die Schiene zu befördern – zu lang wären die Zugstrecken. Daher spielt der Personenverkehr auf der Schiene eine eher untergeordnete Rolle. An dessen Stelle treten Kurz- und Langstreckenflüge, welche wesentlich umweltschädlicher sind. Güter hingegen können gut über große Entfernungen mit der Bahn transportiert werden. Die US-amerikanische Bahn spielt ihre Langstreckenvorteile gegenüber anderen Transportarten wie dem Lkw aus und kam somit im Jahr 2018 auf rund 2,5 Billionen zurückgelegte Tonnenkilometer.

Japan als Vorreiter im Personenverkehr und die USA als Spitzenreiter im Güterverkehr zu betrachten, ist also nur dann sinnvoll, wenn man sich klar macht, dass es kein Land mit japanischer Personenbeförderung und gleichzeitig US-amerikanischer Güterbeförderung gibt. Die europäische und auch die deutsche Schiene vereinen beide Schienenpotenziale in einem vergleichsweise hohen Maße – ein gutes Gesamtpaket.

Um allerdings weitere Fortschritte zu erzielen, ist es von großer Bedeutung, dass Europa weitere Schritte hin zu einem einheitlichen Verkehrsraum Schiene geht. Bislang bestehen nur leidlich verbundene nationale Schienensysteme mit einem halben Dutzend Spurbreiten und einem Dutzend Stromsystemen. Das bremst die Schiene als Langstreckentransportmittel bisher aus.

### Impressum



**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

**Zahl der Woche**


Um **15** Prozent

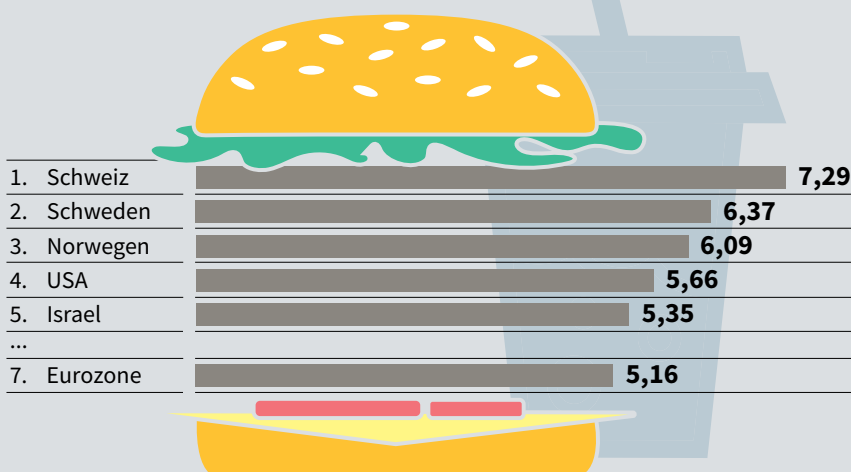
ist die Zahl der Einbürgerungen in Deutschland im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Insgesamt ließen sich zuletzt 109.900 Ausländerinnen und Ausländer mit 173 unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten einbürgern. Am häufigsten erhielten – wie bereits in den Vorjahren – Türkinnen und Türken einen deutschen Pass. Syrische Staatsangehörige stellten erstmals die zweitgrößte Gruppe unter den Eingebürgerten. Rund ein Viertel der neuen Bundesbürger bringt die Staatsangehörigkeit eines der 27-EU-Mitgliedsstaaten mit, Rumänen bildeten mit 5.900 Einbürgerungen erstmals die größte Gruppe. In den Jahren 2017 bis 2019, als das Vereinigte Königreich noch zur EU gehörte, waren innerhalb dieser Gruppe die Briten Spitzenreiter.

## Top-Liste: Der Burger-Wechselkurs

Der sogenannte Big-Mac-Index führt für insgesamt 57 Länder die aktuellen Burger-Preise auf. Die Spanne ist immens: In der Schweiz kostet der Burger umgerechnet 7,29 Dollar – und damit viermal so viel wie im Libanon, wo er für 1,77 Dollar zu haben ist. Die Eurozone landet im Ranking mit 5,16 Dollar auf Platz sieben. Den Index hat eine Wirtschaftsredakteurin der britischen Zeitschrift „The Economist“ vor 35 Jahren entwickelt, um auf einfache Art und Weise zu messen, ob eine Währung über- oder unterbewertet ist. Laut Lehrbuch würden sich Wechselkurse bei freiem Handel in einer perfekten Wirtschaftswelt so einpendeln, dass vergleichbare Waren in allen Ländern gleich viel kosten. Die Aussagekraft des Index ist allerdings eingeschränkt, weil der Big Mac kein handelbares Produkt ist und sein Preis von vielen weiteren Faktoren abhängt.

### Big-Mac-Index: Wo der Burger am teuersten ist

Preis eines Big Macs im Januar 2021 in Dollar



Preisvergleich in insgesamt 57 Ländern; USA: Durchschnitt aus den vier Städten Atlanta, Chicago, New York und San Francisco; Eurozone: Durchschnitt der Mitgliedsstaaten

Quellen: McDonald's, The Economist  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Neu

Neu auf [iwd.de](http://iwd.de):



## Der Arbeitsmarkt in Deutschland

Immer mehr Erwerbstätige, immer weniger Arbeitslose – mehr als zehn Jahre lang ging es am deutschen Arbeitsmarkt kontinuierlich aufwärts. Die Corona-Pandemie sorgte nun zwar für einen leichten Dämpfer, dieser fiel aber sehr moderat aus. Der Arbeitsmarkt in Deutschland steht nach wie vor sehr gut da, wie die neue interaktive Grafikstrecke auf [iwd.de](http://iwd.de) zeigt.